

*Beitrag auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE München am 25.10.2009  
von Michael Wendl, Sprecher des Kreisverbandes DIE LINKE München*

## **Deutschland nach der Bundestagswahl**

*Eine erste Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wahl vom  
27. September 2009*

1. Bereits in der Wahlnacht habe ich mit Erleichterung registriert, dass es zu einer Koalition von CDU/CSU und FDP kommen wird. Diese Einschätzung ist in unserer Partei umstritten. Deshalb will ich sie begründen: Eine Fortführung der großen Koalition von Union und SPD hätte die notwendige politische Polarisierung notdürftig über eine weitere Zeit hinaus überdeckt und den notwendigen Klärungs- und Erneuerungsprozess in der SPD hinausgeschoben. Die politische Erosion der SPD wäre weiter vorangeschritten. Vielleicht, so die politische Hoffnung wären dann die schlimmsten sozialen Sauereien ein Stück vertagt worden, aber dafür hätte es keine politische Garantie gegeben. Die SPD steht für zwei groß dimensionierte Steuerreformen zugunsten der Unternehmen, sie hat die Kürzung der gesetzlichen Renten und die Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzrente, sie hat die politische Förderung von Private-Equity-Fonds (den von Müntefering so genannten „Heuschrecken“) und von Hedge-Fonds zu verantworten. Dass sich in unserer Partei manche von der SPD nach wie vor einen Schutz vor dem Frontalangriff auf den Sozialstaat erwarten, ist rational nicht begründbar. Ich bin hier auch irritiert, wie die SPD von Teilen unserer Partei unterschätzt wird. Umgekehrt: Rot-Grün hat gerade mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die Hartz-Gesetze der FDP eine für neoliberale Politik zentrale Handlungsebene vorweggenommen: ein „Blutbad“ auf dem Arbeitsmarkt zulasten der Arbeitslosen und der prekär oder unsicher Beschäftigten. Das kann die FDP nicht mehr umsetzen, schon gar nicht übertreffen. Jetzt bekommen wir die politische Chance, dass sich diese Partei als das entlarvt, was sie wirklich ist: Eine Klientelpartei der freien Berufe, der kleinen Selbständigen, die im Kern gerade nicht marktradikal ist, weil sie sich für die Verteidigung der ständischen Privilegien dieser freien Berufe stark macht. Zwar stößt uns die widerwärtige materielle Gier dieser Klientel politisch massiv ab und deshalb neigen manche zu einer politischen „Dämonisierung“ der FDP. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass die FDP auch von Wählern gewählt wurde, die die aktuelle Einkommensverteilung als ungerecht empfinden. Nach Wahlanalysen haben 9,2 % der Gewerkschaftsmitglieder diese Partei gewählt, davon 13% gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. „Arbeit muss sich wieder lohnen“ – diese Parole der FDP war kein Plädoyer für den Mindestlohn, sondern ein Appell an die instinktive Verärgerung wegen einer zu hohen Abgabenquote. Der Koalitionsvertrag belegt diese Einschätzung. Die niedergelassenen Ärzte, die aus ökonomischer Sicht als Kleinunternehmer handeln, sollen vor der Konkurrenz der Medizinischen Versorgungszentren der Kliniken geschützt werden, ebenso wie die Steuerberater gefördert werden sollen. Der gesamte Koalitionsvertrag atmet diesen Geist

des Klientelismus, also der unmittelbaren Bereicherung der eigenen Parteimitglieder und des Kerns der Wählerschaft. Das ist sogar neoliberal orientierten Wirtschaftszeitungen, wie dem „Handelsblatt“ unangenehm aufgestoßen. Mit dem in der Schlussphase dann gescheiterten Plan, in einer Art Sonderhaushalt der eigenen Klientel unmittelbar noch Vergünstigungen auf Pump zu bescheren, bevor die Staatsschulden wieder zurückgeführt werden müssen, haben die Koalitionsparteien von den Private-Equity-Fonds zu lernen versucht. Erst mit hoher Fremdkapitalaufnahme ein Unternehmen kaufen, sich aus dem Kredit eine Sonderausschüttung für die Investoren genehmigen und dann die Firma hochverschuldet ums wirtschaftliche Überleben kämpfend zurück zu lassen. Auch wenn dieser Trick vorläufig an öffentlichen Protesten gescheitert ist, im Kern läuft diese Koalitionsvereinbarung auf einen solchen Deal hinaus. Der eigenen Klientel eine Extrabereicherung aus dem Staatshaushalt zu besorgen und die Gesellschaft danach dafür bezahlen lassen. Die Wähler aus dem Gewerkschaftsbereich sind heute schon als die Betrogenen desillusioniert: Im Bereich der Kranken-, aber auch der Arbeitslosen- und Pflegeversicherung werden ihre Beiträge steigen. Mit mehr Netto vom Brutto ist es für Beschäftigte im Geltungsbereich der Beitragsbemessungsgrenzen zur Sozialversicherung nichts geworden, auch in der kurzen Frist werden diese Gruppen trotz Steuersenkungen unter dem Strich mehr bezahlen müssen.

2. Das Konzept der neuen Bundesregierung, mit Steuererleichterungen das Wachstum in der Krise anzuschieben und dann mit dem gestiegenen Wachstum die enormen öffentlichen Schulden zurückfahren zu können, basiert auf einer ebenso einfachen, wie trügerischen Hoffnung: die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte ist überwunden, Deutschland steht an der Schwelle eines neuen und kräftigen Wirtschaftsaufschwungs. Wenn diese Spekulation nicht aufgeht, und sie wird nicht aufgehen, steht diese Regierung vor einem ökonomischen und politischen Desaster. Mit dieser Perspektive ist zu rechnen, da die Finanzmarkt- und Bankenkrise noch lange nicht beendet ist und die Krise auf dem Arbeitsmarkt in den folgenden Monaten erst beginnen wird. Mit den Bankenrettungsaktionen und den Konjunkturprogrammen wurde der ökonomische Sturz gerade abgefangen, die Konjunktur wird jetzt auf einen um rund 4% niedrigeren Niveau gegenüber 2008 mindestens zwei, wenn nicht drei Jahre vor sich hin dümpeln, immer wieder von kleinen Auf- und Abschwüngen unterbrochen. Die Arbeitslosigkeit wird Schritt für Schritt ansteigen mit den bekannten Einnahmeausfällen bei den öffentlichen Haushalten und den Kassen der Sozialversicherung. In diesem Prozess eingeschlossen ist dann die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, dass sich Union und FDP weiter radikalisieren, wie dies 2002/2003 mit der Schröder-SPD der Fall war, als nach der Konjunkturkrise 2001/2002, dem Ende der „New Economy“, der wirtschaftliche Aufschwung auf sich warten ließ. Der von vielen heute bereits erwartete Frontalangriff auf die Restbestände des Sozialstaats ist daher nicht ausgeschlossen. Leider sprechen viele ökonomische Anzeichen dafür, dass ein sich selbst tragender Aufschwung nicht abzusehen ist, die Konjunktur lebt gegenwärtig in den USA, in Europa, aber auch in

China in erster Linie von den massiven staatlichen Interventionen in den Wirtschaftskreislauf. Es wird daher in den folgenden Monaten und Jahren harte öffentliche Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik geben. Wir, also die Partei DIE LINKE, sind in diesen Fragen zunächst auf uns allein gestellt, da wir weder von der SPD, noch von den GRÜNEN in der kurzen Frist eine politische Unterstützung erfahren werden. Auch die Gewerkschaften sind in diesen Zeiträumen komplett in Abwehrkämpfe eingebunden und müssen froh sein, wenn es ihnen gelingt, in den anstehenden Tarifrunden überhaupt nominale Lohnerhöhungen durchzusetzen.

3. Damit bin ich bei der SPD. Ich habe es mit einer Mischung von Bitterkeit und Heiterkeit zur Kenntnis genommen, dass Franz Müntefering in der ZEIT vom 15.10.2009 von elf erfolgreichen Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung gesprochen hat. Das waren – ich zitiere – „gute elf Jahre für Deutschland“. In diesen elf Jahren seit der Wahl 1998 hat die SPD 50,2% ihrer Wähler und fast 40% ihrer Mitglieder verloren. Die Einkommensverteilung in Deutschland zwischen dem reichsten und dem ärmsten Zehntel der Gesellschaft ging ab 2001 geradezu dramatisch auseinander, die unteren acht Zehntel haben zwischen 2001 und 2008 verloren, das zweitoberste hat sich gehalten und das höchste hat kräftig zugelegt. Der Umfang des Niedriglohnsektors hat sich fast verdoppelt und ist nach internationalen Konventionen anteilmäßig inzwischen größer als in Großbritannien, das davor die europäische Spitzenposition in dieser Frage innehatte. Im nach hinein erhält das Schröder/Blair-Papier aus dem Jahr 1999 eine innere Logik. Dabei hat sich trotz oder gerade wegen Hartz IV die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt und ist sehr hoch geblieben. Von Erfolgen kann in Deutschland nur für die durch zwei Unternehmenssteuerreformen (durch Eichel 2000 und Steinbrück 2008) entlasteten Unternehmen und eine kleine Minderheit von Reichen gesprochen werden. Ein Ergebnis der ersten Steuerreform war mit der Steuerfreiheit auf Beteiligungsveräußerungen nicht nur die massive Subventionierung der deutschen Großbanken, sondern die unmittelbare Anbindung des Wirtschaftsstandorts Deutschland an die internationalen Finanzmärkte und damit auch an alternative Finanzinvestoren, wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds. Diesem Prozess war schon 1999 mit der Einführung einer kapitalgedeckten Rente vorgearbeitet worden. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD war zwischen 1999 und 2005 eindeutig markt- und wettbewerbsorientiert und in diesen Fragen marktradikaler als die Politik der Unionsparteien. Darüber gibt es inzwischen eine relativ breite und in Eckpunkten übereinstimmende sozialwissenschaftliche Literatur. Die SPD ist nicht in der Lage, die sozialen und ökonomischen Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Für sie ist ihr grandioses Scheitern das Resultat einer schlechten Kommunikation. Aber wie sollen sie soziale und ökonomische Prozesse, die sie selbst nicht verstehen, den Menschen erklären können? Ein persönlicher Erfolg waren diese Jahre allerdings für Gerhard Schröder und Joschka Fischer, die aktuell als üppig bezahlte Lobbyisten der internationalen Energiewirtschaft

ihre politischen Kontakte für die Verlegung von Pipelines nutzen. Verschwörungstheoretiker könnten in den Handlungen dieser beiden früheren Marxisten eine Veranstaltung zur gezielten Zerstörung der alten Sozialdemokratie sehen, aber auch für New Labour sieht es inzwischen ausgesprochen schlecht aus. Deshalb bin ich kein Verschwörungstheoretiker. Die „neue Sozialdemokratie“ oder das Konzept der „Neuen Mitte“, das sind einfach grausam gescheiterte Strategien, die eben nicht nur Parteien, sondern auch Gesellschaften sozial und wirtschaftlich (die aggressive Exportorientierung der deutschen Wirtschaft ist ein schweres Handikap im Prozess der wirtschaftlichen Erholung) massiv beschädigt haben. Die SPD wird sehr lange brauchen, um diese Entwicklung überhaupt intellektuell zu verarbeiten, das wird erschwert durch den rechten Flügel der Partei, der von intellektueller Aufarbeitung aus verständlichen Gründen nichts wissen will oder nichts wissen kann. Aus einer solchen Sicht stellt sich die Frage einer Zusammenarbeit zwischen der SPD und der LINKEN aktuell überhaupt nicht. Sie stellt sich als Möglichkeit für die nächsten Bundestagswahlen. Auch die aktuelle sozialdemokratische Frage, ob und wie sich DIE LINKE in Richtung SPD verändern wird, ist nur absurd: Ein politischer Verlierer reicht, wir haben nicht vor, uns in diese Riege der Gescheiterten einzureihen. Es ist geradezu makaber, dass SPD-Politiker uns vorhalten, wir müssten so werden, wie sie geworden oder politisch degeneriert sind.

4. Allerdings hat diese Position programmatische Konsequenzen. So wichtig der Kampf gegen die Hartz-Gesetze und ihre Folgen auch bleibt, wir können uns nicht auf die Vertretung von Partikularinteressen konzentrieren. Wir sind eine politische Kraft, die die gesamte Gesellschaft neu gestalten will. Da geht es dann um Steuerpolitik, Bankenregulierung, Konjunkturpolitik, Sozialpolitik und ein ökologisches Umsteuern. Wir haben uns zukünftig mit dem gesamten Spektrum der Politik auseinanderzusetzen, einen Prozess, den wir mit der Bundestagswahl erfolgreich begonnen haben und den wir fortsetzen werden.